

Unsicherheit
verstellt den Blick
auf neue Chancen

Keine Angst vor der Globalisierung

Christoph Palmer

Ein neues Wort macht spätestens seit dem G-8-Gipfel im italienischen Genua Karriere in den Medien: Der „Globalisierungsgegner“ wird immer bekannter – weltweit natürlich. Der Aktionsradius des „Globalisierungsgegners“ ist ebenfalls weltweit: Bei wichtigen internationalen Tagungen in Birmingham, Köln, Seattle, Washington, Prag, Nizza, Davos, Quebec, Göteborg, Salzburg und Genua waren Protestierer aus vielen (westlichen) Ländern der Welt zugegen – mit europa- und weltweitem Medienecho. Genauso global ist auch die Organisation der „Globalisierungsgegner“: Sie sind über das Internet – das Symbol der Globalisierung schlechthin – weltweit vernetzt. Kurzfristige Aktionen werden über Mobiltelefone abgesprochen – *global roaming* macht es möglich. Angereist wird in Fahr- und Flugzeugen, deren Einzelteile heute in allen Erdteilen der Welt hergestellt werden. Wenn die „Globalisierungsgegner“ es also mit ihrem Namen wirklich ernst meinen, müssten sie eigentlich gegen sich selber sein.

Ein altes Feindbild

Natürlich muss man dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie Recht geben, wenn er die „Globalisierungsgegner“ als eine „vielschichtige Bewegung“ bezeichnet. Und wahrscheinlich zielt auch seine Aussage in die richtige Richtung, dass „das Gros der Organisatoren dieser Proteste nicht gegen Globalisierung schlechthin, sondern einzig gegen ihre völlig auf Kapitalbedürfnisse beschränkte Vari-

ante“ sei. Allerdings muss man hinzufügen: Diese Variante ist eine Schimäre, Globalisierung ist per se kein auf Kapitalbedürfnisse beschränktes Phänomen. Sie besteht genauso aus globalem Umweltschutz, Klimaschutz, nachhaltiger Entwicklung, internationalen Friedenseinsätzen, Strafverfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, freiem Welthandel und Reisefreiheit über Grenzen hinweg. Wer diese Dimensionen der Globalisierung befürwortet, kann nicht selektiv die Grenzen für das weltweit umlaufende Kapital dicht oder nur schwer durchdringbar machen. Die internationale Linke scheint bemüht, ihr altes Feindbild – das des egoistischen Kapitalisten, der heute in Gestalt undurchsichtiger und nicht kontrollierbarer multinationaler Großkonzerne oder Großinvestoren auftritt – in das Zeitalter der Globalisierung hineinzuretten (und dazu noch ein gehörig Maß Antiamerikanismus). Vorhandene Ängste und Unsicherheiten lassen sich damit freilich – wie gesehen – in einem beträchtlichen Ausmaß mobilisieren.

„Global players“

Können die multinationalen Großkonzerne nun wirklich nach eigenem Gutdünken, unkontrolliert und ohne jegliche Rücksichtnahmen agieren, wie sie wollen? Wohl kaum. Der Münchner Wirtschaftsethiker Karl Homann nennt gleich zehn Einflussgrößen, die kontrollierend auf die multinationalen Unternehmen wirken, darunter die Konkurrenz unter

diesen Unternehmen selbst, die Kunden der Unternehmen, öffentliche Instanzen wie die Nationalstaaten und die großen Kommunen, die Nichtregierungsorganisationen, die Medien und die Wissenschaft. Und nicht zuletzt – so Homann – sind multinationale Unternehmen „zunehmend auf eine einheitliche Unternehmenskultur unter ihren Mitarbeitern angewiesen. Eine solche Kultur verträgt keine gespaltene Moral, also höhere moralische Standards in westlichen Demokratien und niedrigere Standards in Ländern der Dritten Welt.“ Um Erfolg haben zu können, muss ein *global player* regionale und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigen. Wirtschaftliche Interessen lassen sich heute wie andere Interessen auch nicht mehr einfach gegen eine Mehrheit der Menschen durchsetzen, in welcher Region der Welt auch immer. Man sollte die Macht einer vielfältig informierten demokratischen Öffentlichkeit nicht so einfach unterschätzen. Auch hier gilt Abraham Lincolns geflügeltes Wort: „You can fool all the people some of the time, you can fool some people all the time, but you can't fool all the people all the time.“

Die Armen immer ärmer?

Zu den beliebtesten – und fast nicht ausrrottbaren – Vorurteilen der so genannten „Globalisierungsgegner“ gehört die These, infolge der Globalisierung würden die reichen Länder der Welt immer reicher und die armen Länder immer ärmer. Große Wohlstandsunterschiede zwischen einzelnen Ländern und Regionen der Welt existieren aber nicht erst, seit die Globalisierung entdeckt worden ist; es gab sie schon vorher.

Die Globalisierung ist nicht ihre Ursache, sondern vielmehr ein Phänomen, das solche Unterschiede erst sichtbar macht. Wären die immensen Wohlfahrts- und Wohlstandsunterschiede zwischen der so genannten Ersten und der so genannten

Dritten Welt wirklich erst im Zuge der Globalisierung entstanden oder noch verschärft worden, hätten wir die außen- und entwicklungspolitischen Debatten der letzten fünfzig Jahre, den gesamten Nord-Süd-Diskurs seit dem Bestehen der Vereinten Nationen und die Diskussionen um freiere Handelsgrenzen vor und nach dem Lomé-Abkommen umsonst geführt.

Niemand stellt in Abrede, dass es auch in der heutigen Zeit noch zu große Abhängigkeitsverhältnisse einzelner Staaten zu anderen und leider auch Ausbeutung sowie eine Zunahme der Armut in einzelnen Regionen der Welt gibt. Aber genauso wenig lässt sich bestreiten, dass es noch nie so viele Menschen weltweit in einer bezahlten Erwerbsarbeit gegeben hat wie heute, gerade auch in ärmeren und insbesondere so genannten „Schwellenländern“ – trotz oder sogar wegen der Globalisierung. Und kein ernst zu nehmender Mensch bestreitet heute mehr, dass die Chance auch für ärmere Länder, an internationales Kapital und Investitionen heranzukommen, den Druck in vielen dieser Länder deutlich verstärkt hat, von Praktiken wie Korruption, Güstlingswirtschaft und Sippenkriegen Abschied zu nehmen, die nahezu ganze Kontinente wie Afrika, Lateinamerika oder Asien über Jahrzehnte hinweg politisch und wirtschaftlich gelähmt und zurückgeworfen haben. Man muss sich nur einmal die *special advertising*-Beilagen zahlreicher internationaler Magazine ansehen, mit denen viele wirtschaftlich weniger entwickelte Länder heute global um Investitionen werben. Wie könnte man es ihnen verdenken, dass sie die Chancen, die die Globalisierung auch ihnen bietet, für sich nutzen wollen? Investitionen bedeuten für sie nicht in erster Linie Abhängigkeit vom Ausland, sondern vor allem die Chance, im Inland die Lebenschancen der Menschen zu verbessern.

Ein „Black-Block“-Demonstrant erhebt auf einem umgestürzten Pkw seine Faust gegen die italienische Polizei. Die Aufnahme entstand am 21. Juli 2001 in Genua, dem zweiten Tag des G-8-Gipfels.

Foto: dpa



Ein zweiter Einwand zur Globalisierung ist die Aussage, dass diese zu einer Stagnation oder einem Rückgang der Einkommen aus Arbeitslöhnen geführt und dagegen eine Steigerung der Einkommen aus Sachkapitalanlagen gebracht habe. Richtig ist daran, dass Kapital heute schneller und freier auf der Welt bewegt und angelegt werden kann, da sich die Zahl der marktwirtschaftlich orientierten Länder nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in weiten Teilen der Welt und der Diktaturen insbesondere in Lateinamerika deutlich ausgeweitet hat.

Neue Einkommenschancen

Dass aber Kapital dorthin wandert, wo tendenziell (je nach Risikobereitschaft) die höchste Rendite erzielt werden kann, ist weder etwas Neues noch globalisierungsbedingt, sondern Grundkurs Volkswirtschaftslehre. Wenn es stimmt, wie auch von Gewerkschaftsseite verlautbart wird, dass höhere Einkommen heute und in Zukunft vor allem über Sachkapital erzielt werden (können), dann wäre es nur konsequent, wenn die Gewerkschaften in Deutschland und anderswo Vorschläge aufgreifen würden, Arbeitnehmer an der höheren Rendite des Sachkapitals zu beteiligen, indem man ihnen – auf freiwilliger Basis – das Angebot unterbreitet, Anteilseigner zu werden. Dazu gibt es eine ganze Palette von Instrumenten vom Investivlohn über andere Beteiligungsmodelle bis hin zu Pensionsfonds, um nur einige zu nennen. Praktisch nichts davon ist bislang von Gewerkschaftsseite in Tarifverhandlungen ernsthaft eingebracht worden; zumindest die Arbeitnehmer, die sich daran beteiligt hätten, sind so um mögliche Einkommenszuwächse gebracht worden. Wäre es nicht besser, die Chancen des Wandels zu nutzen, anstatt den Wandel nur zu beklagen und nichts zu tun oder in alten Verhaltensmustern zu erstarren?

Ein dritter, wesentlich gewichtigerer Einwand gegen die Wirkungen der Globalisierung besteht in der zunehmenden Lohnkonkurrenz für die Inhaber von Arbeitsplätzen mit niedrigen formalen Qualifikationsanforderungen, in der Regel ungelerneten Arbeitskräften. Die von ihnen geleisteten Arbeiten werden in anderen Ländern der Welt zunehmend billiger als in den westeuropäischen Hochlohnländern angeboten, und die Unternehmen greifen zunehmend darauf zurück. Dies wurde in der Tat durch den Siegeszug der Marktwirtschaft und die Öffnung der Grenzen verstärkt, obwohl auch diese Entwicklung schon über zwei Jahrzehnte hinweg andauert; hinzu kamen die Megatrends Rationalisierung und Automation.

Das Konto der kollektiven Vergesslichkeit

Von den zahlreichen Reformvorschlägen der vergangenen Jahre wurden in Deutschland nur wenige und diese allenfalls in Ansätzen umgesetzt: Der Kombi-lohn und die Lohnkostenzuschüsse, die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Verstärkung von Anreizen zur Arbeitsaufnahme auch durch die Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten gegen offensichtlich Arbeitsunwillige, verbesserte, an den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientierte Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und Arbeitslose, flexiblere Tarifverträge mit Öffnungsklauseln und betriebsorientierten Abschlüssen sind einige der Möglichkeiten, die genannt werden müssen. Vom angeblichen Reformeifer der Regierung Schröder ist auf diesen Gebieten am allerwenigsten zu spüren. Zudem weigert sie sich beharrlich, ihren wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Kardinalfehler zu korrigieren: die Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der Steuerreform. Ausgerechnet dort, wo Flexibi-

lität, Innovationspotenzial und Beschäftigungschancen am größten sind, wird am wenigsten entlastet, wenn überhaupt. Die Chancen der Globalisierung werden national verschlafen.

Hans D. Barbier hat in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit Recht die Befürchtung geäußert, dass der Zustand einer hohen Sockelarbeitslosigkeit von über drei Millionen Menschen immer mehr als Selbstverständlichkeit „auf dem Konto der kollektiven Vergesslichkeit gebucht“ bleibe, und hinzugefügt: „Erst beim nächsten Abschwung werden die Alarmglocken abermals geläutet. Dann werden wieder Jahre vergangen sein, in denen Reformen für einen dauerhaft höheren Beschäftigungsgrad hätten beschlossen werden können.“

Gefahr von innen

Manche Zeitgenossen vertreten die These, die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten seien im Zeitalter der Globalisierung geschwunden, wenn nicht gar verschwunden, und ein weitgehend anonymer internationaler Kapitalmarkt bestimme über das Wohl und Wehe der Menschen in den einzelnen Ländern. Das ist viel zu kurz gesprungen, auch wenn man eine Volkswirtschaft heute sicher nicht mehr im Stile der Nationalökonomie des neunzehnten Jahrhunderts führen und steuern kann. Das Handlungsfeld, das es zu beachten gilt, ist global geworden. Die internationalen Finanzmärkte üben ohne jeden Zweifel große Einflüsse auf die einzelnen Volkswirtschaften aus, sind aber genauso auch Ausdruck ihrer Verflechtung. Vor allem aber werfen sie ein Schlaglicht darauf, wie attraktiv einzelne Länder oder auch Standorte für Investitionen und damit die Voraussetzung für die Schaffung neuer und die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze sind. Ökonomisch falsche Politik wird heute von den Märkten schnell und hart bestraft. Das gegenwärtig schwache

Wachstum in Deutschland – wir sind Schlusslicht in Europa – spricht eine deutliche Sprache. Doch schon die oben genannten Beispiele zeigen, dass es ein Nationalstaat wie Deutschland bei der Arbeitsmarktpolitik zu einem guten Teil noch immer selbst in der Hand hat, die Grundlagen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Dass uns andere Konkurrenz machen, ist normal, dass notwendige Reformen nicht angepackt werden, ist gefährlich. Die Gefahr für den Wohlstand in Deutschland kommt nicht von außen, sondern sie kommt von innen.

Schon deshalb ist alles Klagen über die Globalisierung wohlfeil; es gleicht der Suche nach einem Sündenbock, mit dem eigene Versäumnisse kaschiert werden können. Globalisierung ist eine Realität, die nicht mehr ausgeblendet oder gar rückgängig gemacht werden kann. Der Soziologe Zygmunt Baumann hat es auf den Punkt gebracht: „Man kann sich ‚für‘ oder ‚gegen‘ diese weltweite Interdependenz aussprechen, aber ebenso gut könnte man für oder gegen die nächste Sonnenfinsternis sein.“ Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat sogar von „Globalität“ als einem „bereits erreichten Zustand“ gesprochen.

Globalisierung als Chance

Das heißt nicht, dass man die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Vorbehalte gegenüber der Globalisierung nicht ernst nehmen sollte. Diese Vorbehalte rühren aber nicht aus gefestigter Überzeugung, sondern vor allem aus Unsicherheit. Das Fremde und Unveränderbare an den Globalisierungsprozessen verängstigt viele Menschen. Die Menschen können die stetig medial vermittelte „Naturgewalt“ Globalisierung nicht recht einordnen. Das heißt für Politiker und andere Meinungsbildner aber auch, dass eine Mehrheit der Menschen mit guten Argumenten über die Zusammenhänge der Globalisierung

angesprochen werden kann. Denn gerade die Menschen in Deutschland können davon profitieren. Schon heute gehören wir mit einem Anteil an der Weltbevölkerung von etwas über einem Prozent bei einem Anteil am Welthandel von rund neun Prozent zu denen, die von offenen Grenzen und damit Exportchancen den größten Nutzen haben. Fast der gesamte Rest der Welt würde sich über solch eine günstige Relation glücklich schätzen. Das Exportland Deutschland hätte den größten Schaden davon, wenn auf dem Globus Nationalismus und Protektionismus wieder fröhliche Urstände feiern könnten.

Der Kölner Volkswirt Carl-Christian von Weizsäcker hat auf einen weiteren Vorteil der Globalisierung für Deutschland hingewiesen, der im Übrigen nicht zur Last anderer geht: „Deutschlands komparativer Vorteil in der Weltwirtschaft liegt bei den Investitionsgütern, deren Herstellung viel Humankapital erfordert. Je intensiver die Lohnkonkurrenz im Weltmarkt, je höher die Gewinne in der Welt, desto höher die Investitionen in Anlagen, Maschinen und Automobile, desto besser für die Exporte Deutschlands, desto höher die Durchschnittslöhne hier zu Lande. Der deutsche Arbeitnehmer kann im Durchschnitt von der Globalisierung nur profitieren. Der qualifizierte deutsche Arbeitnehmer ist vor allem eins: Kapitalist, genauer: Humankapitalist. Er profitiert von der Überlegenheit des Kapitals in der augenblicklichen Weltlage.“

Von der Wissens- zur Ideengesellschaft

Dies ist sicherlich eine sprachliche Überspitzung, und auch mit dem unschönen Begriff „Humankapital“ kann man seine Probleme haben. Aber der bisherige Vorteil des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist damit richtig umschrieben: Die wesentlichen Ressourcen, mit denen wir uns in unserem Land seit dem Kriegsende wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt

erarbeiten konnten, liegen nicht als Bodenschätze unter Tage, sondern in den Menschen selbst, in ihrem Bildungs- und Qualifikationsniveau, in ihrem Erfindungsreichtum und Forschergeist, in ihrer Bereitschaft, Neues zu denken und in Angriff zu nehmen. Aber dieser Vorsprung ist nicht auf alle Zeiten gesichert, er muss täglich neu erarbeitet werden. Nicht nur weil sich das weltweit vorhandene Wissen exponentiell entwickelt, sondern und gerade auch, weil dieses Wissen in stark zunehmendem Maße weltweit zugänglich ist und andere fernab unserer Landesgrenzen es sich ebenfalls so zu Nutzen machen können wie wir. Hierin liegt die wohl größte Herausforderung, die die Globalisierung für Deutschland und vergleichbar strukturierte Länder mit sich bringt.

Wir müssen uns über die Informations- und Wissensgesellschaft hinaus zur Ideengesellschaft entwickeln. Auch die deutschen Länder, denen die Zuständigkeit in der Bildungspolitik obliegt, können hierzu einen wesentlichen Anteil erbringen. Es ist kein Zufall, dass gerade in den Ländern, die die höchsten Bildungsausgaben tätigen und in den vergangenen zehn Jahren milliardenschwere Programme zur Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Ausbildung aufgelegt haben – Baden-Württemberg und Bayern – die Arbeitslosenquoten insgesamt am geringsten sind.

Europa und die Renaissance der Subsidiarität

Die Geschichte der Entwicklung zum freien Handel zeigt, dass sich der Wohlstand aller beteiligten Länder erhöht, auch derer, die von neuen Märkten her Wettbewerb zulassen. Dieser Vorgang spielt sich seit dem Fall des Eisernen Vorhanges auch in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft ab und wird infolge der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union immer stärker ins

Bewusstsein der Menschen eindringen. Ob die immensen Chancen, die sich für Deutschland und Europa daraus ergeben, schon ausreichend begriffen worden sind, ist fraglich. Als Konrad Adenauer mit Alcide De Gasperi, Robert Schumann und anderen europäischen Staatsmännern daranging, das Fundament der heutigen Europäischen Union zu schaffen, waren die Deutschen zunächst einmal abwartend und skeptisch. Heute, fast zwei Generationen später, würde kein Mensch mehr bestreiten, dass damit die Grundlage für dauerhaften Frieden und Wohlstand in Westeuropa gelegt worden ist.

Hinsichtlich der EU-Osterweiterung und des Euro herrschen auch jetzt wieder mehr Zweifel und Skepsis denn Zuversicht in der deutschen Bevölkerung, denn die damit in Zusammenhang stehenden Herausforderungen sind für den gesamten europäischen Kontinent immens. Dies gilt aber auch für die Chancen, die sich daraus ergeben, das, was im Westen Europas gelungen ist, auf den gesamten Kontinent zu übertragen. Ich bin überzeugt, dass dies vor allem Helmut Kohl und François Mitterrand, die dafür wesentliche Grundlagen geschaffen haben, als bleibendes historisches Verdienst zugerechnet werden wird.

Das erfolgreiche europäische Modell – auch dies ist ein Ausdruck der Globalisierung – wird in anderen Kontinenten zunehmend nachgeahmt: freier Handel ohne Zollschranken, Freizügigkeit für die Menschen, Intensivierung der transnationalen Zusammenarbeit, Schaffung supranationaler Institutionen mit eigenen Rechten und Zuständigkeiten. Ein Monopol für die Europäer gibt es in dieser Hinsicht nicht mehr, sie haben noch einen Vorsprung, aber die „Konkurrenz“ ist größer geworden. Europa muss sein Modell schlagkräftiger und zukunftsfähiger machen. Ein internationaler Zusammenschluss wie die EU mit in Zukunft 25 bis 28 EU-Mitgliedsstaaten wird sich nicht

zentralistisch, sondern nur föderalistisch vernünftig organisieren können.

Notwendig ist eine klare Abgrenzung und Verteilung der Aufgaben von der Brüsseler Ebene über die Nationalstaaten und Länder beziehungsweise Regionen bis in die Kommunen – eine zentrale Reformaufgabe der Gegenwart und Zukunft. Wir brauchen nicht immer mehr Verflechtung und mehr Vernetzung und mehr Mitspracherechte aller Ebenen, die die Zuordenbarkeit politischer Ergebnisse für die Bürger immer schwerer machen, sondern mehr Entflechtung, mehr Transparenz, mehr für den Bürger durchschaubare demokratische Kontrolle.

So gesehen könnte und sollte der Reformdruck infolge der Globalisierung sogar zu einer Renaissance des Subsidiaritätsprinzips in Europa führen: Aufgaben, die kleinere, den Menschen nähere Einheiten lösen können, müssen nicht durch größere und schwerfälligere Instanzen und Ebenen übernommen werden. Im Zweifel Vorrang für die kleinere Einheit: Das muss das Leitprinzip sein, sonst entfernt sich die Politik immer weiter von den Menschen.

Ziel „flexibler Mensch“?

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat zu bedenken gegeben: „Wer der Globalisierung das Wort redet und den verständlichen und starken Wunsch der Menschen nach Geborgenheit nicht berücksichtigt, der wird scheitern.“ Er hat Recht. Das Ziel kann nicht „der flexible Mensch“ sein, der sämtlich den Erfordernissen des Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf seine sozialen Bindungen unterworfen wird, wie ihn der amerikanische Soziologe Richard Sennett – bisweilen überzeichnend – in seinem gleichnamigen Buch beschrieben hat. Es muss sehr aufmerksam registriert werden, dass fast zeitgleich mit der Globalisierungsdiskussion eine zunehmende Hinwendung der Menschen

zu ihrem näheren Lebensumfeld erfolgt: Der Zusammenhalt in den Familien, die ehrenamtliche Mitwirkung in Vereinen und Freiwilligeninitiativen, die Mitverantwortung in Nachbarschaft und Gemeinden, die Identifikation mit Eigenheiten und Charakteristika der Regionen, in denen die Menschen leben, gewinnen wieder einen höheren Stellenwert, auch wenn dies nicht jeder gleich zum Anlass für ein eigenes Engagement nimmt. Es scheint jedoch so, als suchten sich die Menschen in einer bewegten und globalisierten Welt mit steigenden Anforderungen in Bildung und Beruf Ankerplätze

des Miteinanders und wieder mehr Nähe untereinander.

Die erheblichen wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung zu nutzen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren – beides gleichzeitig ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Der Union als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der Familien und der Subsidiarität kann es gelingen, dies den Menschen zu verdeutlichen. Darin liegt ihre Chance auch in der Auseinandersetzung mit einer rot-grünen Regierungskoalition in Berlin, die bereits heute inhaltlich ermüdet wirkt.

Früher an später denken – erfolgreich im neuen Jahrtausend!



Bis zum Jahr 2006 fehlen in Deutschland rund 200.000 Vermögensberater. Studien belegen: Vermögensberatung ist die Nr. 1. Kein Beruf bietet mehr Perspektiven, in keiner Branche gibt es mehr Chancen. So ist der Beratungsbedarf in Sachen Riester-Rente gigantisch. Vergessen Sie alles, was Sie über Aufstieg, Karriere und beruflichen Erfolg wissen. Gehen Sie jetzt auf die Überholspur, und werden Sie Vermögensberater bei der Deutschen Vermögensberatung AG. Wir sind der weltweit größte eigenständige Finanzvertrieb. Unsere mehr als 25.000 Vermögensberater betreuen über 3,5 Millionen Kunden, wenn es um Versicherungen, Bankdienstleistungen und Bausparen geht. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Partnerschaft mit Ihnen. Schreiben Sie uns! ■

Deutsche Vermögensberatung
Aktiengesellschaft
Münchener Straße 1
D-60329 Frankfurt am Main

Telefon (069) 23 84-0
Telefax (069) 23 84-185
www.dvab.de

*Früher an
Später denken!*



Deutsche
Vermögensberatung